

Er erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Haj,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 M. 60 Pf. pro Quartal.  
Monats-Abonnement  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1. u.  
1. ten Monat und auf den  
2. ten Monat besonders an-  
genommen; im Kgr. Sachsen  
u. Preussl. Sachl.-Altenburg  
auch auf den 1. ten Monat des  
Quartals à 54 Pf.

## Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die die Haltung von Partei-, Vereins- und Vereinsversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffen, werden mit 10 Pf. — Privat- und Bergungungs-  
Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zelle berechnet.

Nr. 65.

Freitag, 11. Juni.

1875.

### Arbeiter, Parteigenossen!

Die Vereinigung der sozialistischen Arbeiter Deutschlands ist vollzogen. Der Congress, welcher zu diesem Zwecke vom 22. bis 27. Mai in Gotha stattfand, hat ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Organisation geschaffen — unter demselben Banner kämpfen nunmehr die deutschen Arbeiter für das Recht der Arbeit, für die Befreiung der Menschheit.

Haß, Zwist und Unfrieden, welche früher in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter Bewirrung brachten, sie sind nicht mehr; die Streitart ist begraben, die einzelnen Fraktionen sind verschwunden und es herrschen Friede und Einigkeit.

Die Einigkeit aber ist unsere größte Waffe gegen Kapitalmacht und Reaktion; sie müssen wir pflegen und erhalten als unser kostbarstes Kleinod, als unser Palladium. Unsere Einigkeit ist der Schwere der Feinde, unsere Zwietracht war ihr Triumph.

Mit der Streitart aber sei auch die Erinnerung an das Vergangene begraben; wir wollen den Blick nach vorwärts wenden zu neuem Beginnen, zu frischer That.

Die Constituierung der „sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ ist durch den unterzeichneten, vom Einigungscongress gewählten Vorstand heute erfolgt; nunmehr ist es an Euch, Arbeiter, dieser Partei, welche in Deutschland allein die Interessen der Arbeiterklasse fördert, in Masse beizutreten.

Jeder Arbeiter hat nicht allein das Recht dazu, nein, seine Pflicht gebietet ihm, mit seinen Kameraden gemeinsam das gleiche Ziel zu erstreben.

Wer sich selbst liebt und achtet, wer an die Zukunft seiner Klasse, an die Zukunft seiner Familie denkt, der muß mit eintreten in die Kampfereihen der Sozialdemokratie.

Fürchtet Euch nicht! Der Kampf ist ein gesetzlicher, der Kampf ist ein sittlicher, denn er ist entstanden aus den ungerechten Zuständen, welche das Recht der Arbeit und dadurch das Menschthum in Reiten geschlagen haben.

Fürchtet Euch nicht! Vereint sind wir unüberwindlich, der Sieg wird sich an unser Banner heften, denn unsere Waffen sind gesättigt von dem Geiste einer neuen Zeit; unser Schwert ist die Wissenschaft, unser Schild ist das Recht, unser Banner aber ist die Menschenliebe!

Der Haß der anderen Parteien in der heutigen Gesellschaft darf uns nicht beunruhigen, er ist allzu natürlich, weil wir überall dem Unrecht und der Noth entgegenzutreten. Das eigene Unrecht und die Noth Anderer, sie sind eben die besten Bundesgenossen der heutigen, egoistischen Gesellschaft. Für uns aber soll jener Haß ein Exorzium sein zu raslosem Ringen, damit aller Haß auf Erden verschwinde vor der Bundesliebe, wie das starre, kalte Eis vor den milden Strahlen der Frühlingssonne.

Deshalb vorwärts! trotz der Verfolgungen, trotz des Hasses, vorwärts zum gemeinsamen Ziele!

Und wie leicht wird jetzt das Vorwärtsschreiten sein, wie wohlthunend wird der Gedanke anregen, nur winliche Feinde vor sich zu haben und keine vermeintlichen; jetzt wachsen alle aufgestärkten Arbeiter Deutschlands Schulter an Schulter. Vor diesem bewußten, einheitlichen Vorwärtsschreiten werden die Hauptkräften der heutigen Gesellschaft bald zusammenbrechen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Unverstand der Massen.

Arbeiter! Parteigenossen! Rechenschaft fordern wir Euch auf: thut Euer ganze, volle Schuldigkeit! Geschieht dies, dann kann jeder Einzelne von Euch mit dem Dichter Heine einstmalig stolz andrücken: „Auch ich war ein braver Soldat in dem großen Befreiungskriege der Menschheit.“

Hamburg, 8. Juni 1875.

### Der Vorstand

der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Hafenlecker, Hartmann, Auer, Deroff, Geib.

Alle Briefe, Pakete etc. sind an das Bureau des Vorstandes: Deroff, große Rosenstraße 36, II, Hamburg zu adressiren.

Alle Gelder sende man direkt an August Geib, Hamburg, Ködingmarkt 12.

### Sozialdemokratische Arbeiterpartei!

#### Parteigenossen!

Durch den Gothaer Congress ist die Arbeiterbewegung Deutschlands in ein neues Stadium getreten: die Vereinigung der Sozialdemokraten Deutschlands ist zur Thatfache geworden.

Angesichts dieses erfreulichen Erfolges können wir, entsprechend der Meinung unseres letzten Congresses, zur Auflösung unserer, 1869 zu Eisenach geschaffenen Organisation schreiben, ohne daß diese Auflösung für die Arbeiterbewegung irgend welchen Verlust bedeutet. Wir wissen alle, daß der rasche Fortgang der sozialdemokratischen Agitation in Deutschland mehr als je gesichert ist. In diesem Bewußtsein erklären wir hiermit die sozialdemokratische Arbeiterpartei für aufgelöst, rufend: es lebe die Vereinigung, welcher der Gothaer Congress Gestalt und Leben gegeben hat!

Hamburg, 8. Juni 1875.

#### Der Ausschuss:

Martienßen, Fischer, Auer, Bennke, Geib.

NB. Die an den einzelnen Orten noch befindlichen Kassenscheine, besonders die residirenden Beiträge sind spätestens bis zum 20. d. M. an H. Bennke, kleiner Schäferkamp 34, Hamburg, einzusenden. Abrechnung wird geleistet.

### Die Einnahmequellen der „Besen“ im Staate.

Wir Sozialdemokraten sind bekanntlich köstlich genug, die Möglichkeit und Vorteilhaftigkeit der bestehenden Einrichtungen und

Zustände in ihrer überwiegenden Mehrzahl weder anerkennen noch emsigen zu wollen. Wir behaupten sogar mitunter kräftig, des Dichters vernichtendes Wort: Alles was besteht — ist werth, daß es zu Grunde geht, sei in seinem vollen Umfange auf den Plan und die Details der modernen Staaten- und Gesellschaftsgebäude anwendbar. Das Schicksal der meisten Bewohner dieser gewaltigen Zwingsburgen des angeblich freien Menschengesichts erscheint uns über alle Maßen lässlich, und es ist uns aller Glaube abhanden gekommen, nicht allein der an die Vertrostungen auf die ewige Seligkeit in einem nebelhaften Jenseits, sondern auch an jene anderen Versicherungen, welche das Bestehen einer Art von gerechter Vergeltung im Diesseits für Menschenthun und -Lassen bekräftigen sollten. Die unserer sehr entschiedenen Meinung nach auch in ihrem tieferen Sinne zutreffenden Variationen der von Großmutterlippen unzählig oft glaubensinnig nachgebeteiten Pfaffenprüfsteine: „Tugend besteht — Unrecht vergeht“ oder „Ehrlich währt am längsten“ lauten in ihrer modernsten Form: Dünkel besteht und jede Tugendankwandlung auch auf Ministerstufen — Deserteirs, vergeht — und, um Deutschland zu geben, was Deutschland ist: Wogener währt am längsten.

Der aus dem theologischen Drogenkessel emporgestiegene und einst in bleiener Schwere über alle Welt ausgebreitete Phrasennebel ist aber nicht allein vor unseren Augen, vor den geistigen Erkenntniswerkzeugen der grundsätzlichen und erklärten Segner alles Angekommenen, Ueberleseren zerissen und zerstoßen — auch vor den Blicken der politisch noch unentschiedenen Massen wird er für und für dünner und durchsichtiger; sie lernen die Dinge begreifen, wie sie sich ihnen fühlbar machen und nicht wie sie ihnen von professionenmäßigen Lügneren und Verführern vorgehalten werden.

Es war fürwahr ein feiner und humoristischer Gedanke von den Schläuhergern, welche die Arbeit von Kindesbeinen an hassten und Schweiß und Schwielen verachteten, den arbeitbereiten Millionen von der reich- und glückseligen Kraft der Arbeit vorzuphantazieren und sich selber ein glänzendes Schlaroffenthum in Glück und Reichthum zu reserviren, während den Gläubigen außer den seltenen Nebenarten nur das Hungerrind zu benagen übrig blieb. Doch heutzutage wird der wahre Gehalt dieser perfiden Entstellung des Thatbüchlichen auch von sonst recht blöden Köpfen erkannt. Man ahnt wenigstens überall, daß die Arbeit zwar reich, d. i. frei, und frei, d. i. glücklich macht, aber nicht den, der sie verrichtet, sondern den Anderen, der sie ausbeutet. Die Ueberzeugung festet sich und gewinnt immer mehr Verbreitung, daß ein zwar an Zahl unbedeutender aber an Macht und Verderblichkeit gewaltiger Bruchtheil der Völker nichts, gar nichts weiter thut, als daß er durch gesetzlich unangreifbare, weil im System der bestehenden volkswirtschaftlichen Einrichtungen begründete Mittel, die mit gemeinnütziger Thätigkeit nicht das Geringste gemein haben, nicht den Zehnten — nein die Hälfte ungeführt — von allem Erarbeiteten mit demselben Rechte in seinen Beß bringt, mit dem die sehr edlen mittelalterlichen Herren Raudritter die Krümer und Karstente auf der Landstraße einer sehr direkten und summarischen Besteuerung unterwarfen.

Unsere, der Sozialisten, selbstgewählte, freudig übernommene Aufgabe ist es, dieser Ueberzeugung rasch möglichst zum Weltstige zu verhelfen; nicht damit die Glückseligkeiten unserer Tage in den Fühl des allgemeinen Elends hinabgezogen werden, sondern damit die gesamte Menschheit endlich einmal der vieltausend-jährigen materiellen Nothwendigkeit Herr werde, wie es der Menschenwürde gemäß und dem Menschenverstande möglich ist.

Die Grundbedingung jedes verständigen Heilverfahrens ist die richtige Erkenntniß des Übels und seiner Ursachen. Weiß die belassene Volksmehrheit genau, wo und warum sie der Schah drückt, so hindert sie nichts mehr, den Schah sich zweckentsprechend einzurichten. Daß die verhältnismäßig laßfreie, materiell und moralisch herrschende Volkswindtheit sich hierüber keinen Täuschungen hingibt, beweist sie am besten durch ihre verweisselten, unermüdlichen Anstrengungen, den Thatbestand auf dem Felde der wirtschaftlichen Begebenheiten zu verbunkeln. Der Erwerb der Wohlhabenden und Reichen, oder: um wissenschaftlich bestimmend und unabweisend zu reden, der Kapitalisten, geschieht nicht ohne alle eigene und auf Kosten fremder Arbeit — beileibe nicht! Im Gegentheil: die schwer verkannten Wohlthäter der Menschheit haben entsagendsvoll den schwierigsten Theil aller Arbeit auf sich genommen, indem sie durch ihre Gedankenthätigkeit die rohe Arbeit der Hände auf den Weg zur Produktivität leiten, indem sie Tag und Nacht darüber nachgrübeln, wo sich neue Arbeitsfelder eröffnen, neue Schätze „für die Menschheit“ heben lassen.

Dies ist der einzige noch nicht völlig zum Kinderpott gewordene Einwand der liberalen Volkswirtschaftslehre, wie sie in den Zeitungen des Groß- und Kleinbürgertums ihr Wesen treibt, gegenüber der Inanspruchnahme des Rechts auf den Arbeitvertrag von Seiten des Arbeiters.

Zwei andere Einwände sind bereits abgethan. Ihnen ist trotz aller Bemühungen der sie verschickenden Geisteskämpen das herbe Schicksal der Pöcherlichkeit früh genug bereit worden. Der erste bestand in der müthigen Behauptung: die Herren Kapitalisten arbeiteten — in der Regel — selber, und verdienten durch ihre Arbeit, die sie als Dirigenten, Buchhalter oder dergl. in ihren eigenen Etablissements leisteten, schneiden und redlich ihren Anteil am Gesamtvertrage der Arbeit.

Leider hatte der Sozialismus auf diese wunderbar naive Begründung kapitalistischer Ansprüche eine sehr blühende Antwort: Wenn und wo ihr euch wirklich, meinte er ironisch lächelnd, als industrielle Beamte etc. nützlich macht, mögt ihr den für solche Leistungen üblichen Arbeitslohn euch ruhig zu eigen machen; wist

ih aber gar keinen anderen Rechtsanspruch aufzuweisen, so laßt die Hand von allem, was außerhalb des Rahmens einer wirtschaftlich gerechtfertigten Gegenleistung für eure Arbeit liegt; ihr bekennet dann, daß euer Kapitalprofit in der That das ist, für was wir ihn anschauen: unrecht Gut!

Gegenüber der überwältigenden Verständlichkeit dieser Antwort mußten die Männer der „Volkswirtschaftswissenschaft“, die Ritter vom Geiste — der Industrie, einen neuen Trumpf anspielen, und dieser neue Trumpf war der zweite der vorhin erwähnten Einwände.

Herr Schulze aus Delitzsch, der ehemalige „König im sozialen Reiche“, von der „Gartenlaube“ Schwaben, derselbe Mann, dessen einseitige Vajallen allgemach zu der trüblichen Erkenntniß gekommen sind, daß er viel weniger zum „sozialen König“ als etwa zum „Fürsten von Thoren“ geboren wurde, war der fürnehmste Herold der neuen volkswirtschaftlichen Entdeckung.

Kapitalprofit — Risikoprämie! so donnerte der „Fürst von Thoren“ dem sozialdemokratischen Bahnbrecher Ferdinand Lassalle — ins Grab nach.

Aber wenn auch Lassalle todt war — der Geist des Sozialismus war nicht mit diesem einen seiner geistreichsten Söhne in kalter Erde verscharrt worden. Herr Schulze erhielt so inhaltreiche Antwort, daß er seit der Zeit ganz nachdentlich und schweisigam geworden ist.

Der Kapitalprofit soll die Belohnung für das Risiko des Kapitals bei den Produktionsunternehmungen sein — gut! Wer riskirt? Doch nur der einzelne Kapitalist — nicht das Kapital, welches schlimmstenfalls in seinen vertheilten Bruchtheilen den Besizer wechselt. Der Sozialismus kämpft ja aber nur gegen das Kapital überhaupt und seine verachtete Eigenschaft, einen Theil des Produktionsertrages unter allen Umständen den Arbeitern wegzuschlagen. Ueberdies ist das Risiko im Allgemeinen nur auf der Seite der kleinen Kapitalisten; die kleinen allein hängen und bangen und wagen ihr Kapitulchen, die großen dagegen sitzen und fangen von Zeit zu Zeit die Kleinen und pressen ihnen — als Prämie was? — das „Risiko“ aus den schwachen Händen! Die schöne Idee der Risikoprämie würde also im günstigen Falle nur die unbedeutenden Raten des Profits beim Klein- kapital rechtfertigen, wie ein schneidiges Messer aber lehrt sie sich gegen den Riesenantheil, den das Großkapital vom Produktions- gewinn einbehält. Die Arbeiter zudem, das steht fest, theilen sich nie und nimmer in die beim Glücksspiel der kapitalistischen Produktion mit Einzelnen verlorenen Einfüge; fann nun ein nicht mit unheilbarem Bödsinn geschlagener Mensch behaupten, daß sie — die Arbeiter — die Gewinne zu bezahlen verpflichtet seien? Außer alledem noch — der in dem Wörterchen Risikoprämie stehende Unsinn ist fast unerschöpflich — bleibt die sehr gewichtige Frage zu beantworten übrig: Wer riskirt denn am meisten bei eurer gepriesenen modernen Produktionsweise? Der Kapitalist riskirt, unter den oben dargelegten sehr erheblichen Einschränkungen, sein Geld und damit ein sorgen- und arbeitsfreies Leben! Der Arbeiter jedoch? Riskirt er nicht immer und ohne alle Einschränkungen seinen Leib und sein und seiner Familien Leben überhaupt? Muß er sich nicht dem Hunger, dem Elende und in abertausend Fällen der schauerlichen Gefahr des Hungertodes aussetzen? Wer zahlt dem Arbeiter denn die Risikoprämie? Und wie groß müßte die Prämie sein, welche allein die schlesischen und sächsischen Weber für all' das ungeheure Elend, mit dem sie die moderne Industrie heimgeführt hat, entschädigen könnte?

Spieldend leicht ist der Sozialismus fertig geworden mit diesen beiden Einwänden liberal-volkswirtschaftlicher Weisheit — spielend leicht wird ihm der Kampf mit dieser Weisheit überhaupt.

Den dritten und letzten Trumpf des Liberalismus, den mir zuerst erwähnt und als denjenigen bezeichnet habe, welcher bislang allein noch nicht dem östlichen Spotte anheimgefallen ist, wollen wir zunächst, um jedes Mißverständnis zu vermeiden, ein wenig näher auf seinen Sinn untersuchen.

Die Behauptung selber lautet: „Die Kapitalisten befruchten die Produktionsphäre nicht allein durch ihr Kapital, sondern auch durch ihre Intelligenz, mit Hilfe welcher Eigenschaft sie die für neue Produktionsanlagen glänzigen Felder der Produktion auszuforschen und anbauen; damit entwickeln sie eine Thätigkeit, die für das Wohl des Volkes unentbehrlich und unschätzbar ist.“

Für die unschätzbare Fruchtbarkeit der kapitalistischen Intelligenz bei der Erweiterung des Produktionsgebietes soll nun der gesamte Kapitalprofit die sehr müßige Belohnung sein.

Und in der That: die unausgesetzte Ausdehnung und Vermehrung der Maschinen des Produktionsweges ist eine sehr wichtige und wirklich unentbehrliche Thätigkeit. Die beständige Vermehrung des Proletariats durch die eigene Fruchtbarkeit und durch den Zuwachs aus den Reihen des mehr und mehr zusammenschrumpfenden Mittelstandes, sowie das Ueberflüssigwerden lebendiger Arbeitskraft infolge der Maschinenthätigkeit drängt unaufhörlich zur Erweiterung des wenigstens eine nothdürftige Existenz gewährenden Arbeitsbereichs.

Sähe es nun die Bourgeoisie bei ihren Kapitalanlagen mit vollem Bewußtsein darauf ab, in einer planvollen und wahrhaft zweckmäßigen Weise die Ausdehnung des Produktionsgebietes geschicklich zu lassen, d. h. in einer Weise, welche möglichst vielen der feiernden oder ungenügend beschäftigten „Hände“ Raum zum An- rufen darbiete, so könnte sie bei Begründung ihres vermeinten Rechts auf einen größeren Theil des Arbeitsertrages, als ihre jeweilige Kapitaleinlage beträgt, sich mit einigem Zug auf die fruchtbare Wirklichkeit ihrer Intelligenz berufen.

Ob sie das kann oder nicht kann — ob die Herren Rapi-

tastest bei ihren Kapitalanlagen irgend einen Allgemeinheitszweck verfolgen, ob sie irgend ein anderes Ziel als den schönsten Profit erstreben, ob sich also endlich der Kapitalgewinn auf irgend eine Art vernunftgemäß rechtfertigen lässt, oder ob er nicht wirkliches wirtschaftliches Unrecht ist — das unweibentlich zu entscheiden, können wir getrost den liberal-ökonomischen Thaten und Thatsachen anheimstellen.

Einer unserer Parteigenossen hat vor kurzer Zeit mit dankenswerther Energie auf eine beliebte Quelle kapitalistischer Bereicherung, den Bodenwucher, hingewiesen und gezeigt, wach' ungeheure Quantität „arbeitslosen Erwerbs“ diesem reichen aber wenig sauberen Borne ihr Dasein verdankt. Dr. Stamm wies nach, daß der Kapitalprofit beim Bodenwucher jeder vernünftigen Begründung, jeder wirtschaftlichen Berechtigung entbehre; der Verfasser dieser Arbeit kann den gleichen Nachweis auf einem eben so nahe vor Jedermanns Augen liegenden Felde führen.

Es handelt sich um dasjenige Gebiet, auf welchem von einer Beteiligung der Kapitalisten an der produktiven Arbeit absolut gar nicht die Rede ist, und in erster Linie um die Ausbeutung eines erheblichen Theils der Anstalten des allgemeinen Verkehrs durch die Privatspekulation.

Die hier in Frage kommenden Verkehrseinrichtungen — die Eisenbahnen — haben für den Gesamtumfang der modernen Volkswirtschaft eine geradezu einzige Bedeutung gewonnen. Sie werden von allen Mitgliedern der Volksgemeinschaft mittelbar oder unmittelbar unaußersächlich benutzt und belassen durch die bei ihnen zur Erhebung gelangenden Personengelder und vorzüglich durch die Frachtfürsorge für Waarensendungen das Volk mit einer sehr beträchtlichen indirekten Steuer. Diese indirekte Steuer wäre eine wenigstens quantitativ — ihrer Menge nach — gerechtfertigte, wenn die dabei abfallende Steuersumme, also die Einnahmen, den Ausgaben, d. h. den Betriebs- und Erneuerungskosten, gleich wäre. Aber gerade durch den Umstand, daß die Einnahmen der Eisenbahnen mit Leichtigkeit weit über die Höhe der Ausgaben hinausgetrieben werden können, wird die Anlage von Eisenbahnen ein willkommenes Gegenstand für die Privatspekulation.

Daß die Allgemeinheit bei der Ausbeutung der Verkehrsanstalten durch Spekulanten entschieden schlecht fährt, wiß man gar wohl und auch die angestrengtesten Bemühungen der liberalen Volkswirtschaftsgelehrten haben nicht zu verhindern vermocht, daß die Nothwendigkeit einer staatlichen Verwaltung von Post- und Eisenbahneinrichtungen im Prinzip allgemein anerkannt und in der Praxis theilweise Thatsache geworden ist. Freilich darf vom sozialistischen Standpunkte aus nicht unerwähnt bleiben, daß der heutige Staat als Verwalter ökonomischer Anlagen nur wenig besser ist, als die Bourgeoisie in ihren einzelnen Mitgliedern, da der sogenannte moderne Rechtsstaat auch nach Bourgeoisprinzipien wirtschaftet und ängstlich besorgt ist, durch seine Concurrenz den kapitalistischen Ausbeutungsinstituten das Handwerk nicht übermäßig zu erschweren.

Gegenwärtig befindet sich ungefähr die Hälfte aller Eisenwege in Deutschland im Staatsbesitz; die deutschen Privateisenbahnen hatten im Jahre 1871 (nach Meyer's deutschem Jahrbuch 1872) eine Bahnlänge von 1313,49 Meilen\*).

Angelegt waren bei denselben als Grundkapital nicht weniger als 875 Millionen Thaler. Die Einnahmen betragen im Jahre 1870, das keineswegs besonders günstige Erfolgsjahr, auf Summe wurden durchschnittlich nur 46 Proc. oder 46,533,460 Thlr. an Betriebs- und Erneuerungskosten veranschlagt, während wenigstens 50 Millionen Thlr. zur Verteilung an die Eisenbahnkapitalisten, die Besitzer der Eisenbahnaktien und -Obligationszinsen gelangten. Für Den, welcher die Richtigkeit dieser Annahme in Zweifel ziehen möchte, sei hinzugefügt, daß sie in ihrem wesentlichen Theile mit den auf das Jahr 1864 bezüglichen Mittheilungen in der sechsten Auflage der Kolb'schen Statistik (S. 41) vollkommen übereinstimmt, welche die durchschnittliche Rente des Actien- und Obligationenkapitals bei Eisenbahnen in Preußen auf 5 $\frac{1}{10}$  Proc. und für das übrige Deutschland auf 5 $\frac{2}{10}$  Proc. angeden.

Die fraglichen 50 Millionen Thlr. sind nun zweifellos „arbeitsloser Erwerb“, da kein Eisenbahnaktionär bei der Anlage oder dem Betrieb irgend einer Eisenbahn körperlich oder geistig arbeitet, wenn nicht etwa als nebenbei hochbezahlter Direktionsbeamter oder Verwaltungsrath.

Wer den Kürzeren bei diesem „arbeitslosen Erwerb“ zieht, wer dabei der Ausgebeutete, der Geprellte ist, wird man bei den Eisenbahnen nicht lange zu fragen haben! Ist es doch überall bekannt, wie elend das niedere Eisenbahn-Beamtenpersonal gelohnt ist; weiß man doch, daß kein Bahnaufseher, kein Conductor, kein Stationsbeamter im Stande ist, mit dem, was ihm seine meist gefährvolle und aufreibende Thätigkeit einbringt, gesundheitsgemäß und sorgenfrei zu leben!

Es erwacht also der Kapitalprofit bei Eisenbahn-Unternehmungen einerseits aus der dem Arbeiter- und Beamtenpersonal vorenthaltenen Quote der Eisenbahneinnahmen und andererseits, sofern die Einnahmen auch die mit Rücksicht auf ein gesundheitsgemäßes Leben zu beanspruchende Lohnsumme des Bahnpersonals, einschließlich der Erneuerungskosten, übersteigen, aus der Ueberschuldung des bahnbekleidenden und zu hohe Personen- und Frachtgelder zahlenden Publikums.

Die seitens der Aktionäre mit ihrer Interessenvertretung beauftragten Körperschaften, die Verwaltungsräthe der Privateisenbahnen, haben darum eine doppelte, nicht übermäßig schwierige und die Moral der Bourgeoisengesellschaft ebenso wie ihre ökonomischen Fundamentalprinzipien auf das Treffendste kennzeichnende Thätigkeit zu entfalten: sie haben dafür zu sorgen, daß alle bei ihren Anstalten nöthigen und in Rechnung kommenden Arbeitsleistungen so schlecht als möglich bezahlt werden, und daß dagegen die der Volksgemeinschaft durch Eisenbahnentagen aufgelegte indirekte Besteuerung den höchstmöglichen Ertrag liefert.

In beiden Fällen (dieselben sind, nebenbei bemerkt, bei allen Produktionsanlagen der kapitalistischen Gesellschaft nachweisbar) handelt es sich gar nicht darum, daß die geleistete Arbeit mit ihrer klingenden Gegenleistung in irgend einem vernünftigen Verhältnisse steht, wie es bei jeder nicht auf das Prinzip des Raubes

basirten Produktionsweise Geseh sein würde, sondern im Gegentheil gerade darum, das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung zum Vortheile der Kapitalisten recht unvernünftig, recht ungerecht zu gestalten.

Daß die Herren Spekulanten dabei das Gemeinwohl ganz und gar vergessen, daß sie nicht im Entferntesten auf eine Vereinigung ihres Privatinteresses mit dem Interesse der Volkswirtschaft im Großen und Ganzen Bedacht nehmen, geht aus der näheren Betrachtung einzelner die Bahnentwicklung angehend Thatsachen mit einer Klarheit, die nichts zu wünschen übrig läßt, hervor.

Bedenkt man, daß noch im Jahre 1874 laut den Angaben der bereits erwähnten Zeitschrift des königlich preussischen statistischen Bureau's 57 Kreise im Königreich Preußen ganz ohne Eisenbahnstrecken waren, und daß zu denselben sehr gemein — oder zum mindesten aderbaureiche zählen, wie ein Kreis im Regierungsbezirk Frankfurt, zwei im Regierungsbezirk Breslau, drei im Regierungsbezirk Kassel, drei im Regierungsbezirk Wiesbaden, zwei im Regierungsbezirk Trier, und drei im Regierungsbezirk Aachen, so wird man von der Weisheit und Vortheilhaftigkeit der Privatspekulation im Eisenbahnbau für das Allgemeinwohl sicher nicht erbaut sein.

Noch viel greller aber werden die Resultate der Privatspekulation durch den Umstand beleuchtet, daß die deutsche Reichshauptstadt Berlin ganz erbärmlich schlecht mit Eisenbahnanlagen versorgt ist, während sie ihrer Bedeutung und Einwohnerzahl nach eine vorzügliche Ausstattung zu beanspruchen hätte. Lassen wir hierüber den Geheimrath Dr. Engel, den Verfasser der bezüglichen Arbeit in der mehrfach genannten statistischen Zeitschrift selbst sprechen: „Fast paradox erscheint die Behauptung“, schreibt Herr Engel, „daß Berlin mit seinen 8, demnächst 9 Bahnhöfen und in die Stadt einmündenden Eisenbahnen sehr schlecht mit solchen ausgestattet sei. Es lebten am 1. Decbr. 1871 in der deutschen Metropole auf nur 1,05 Reichsquadrateilen 826,341 Menschen, und ihnen standen, incl. 1,13 Kilometer Neubauten, 29,91 Kilometer Bahnen innerhalb des Reichbildes zur Verfügung. Dieser Zahlenverhältnisse entspricht die überaus niedrige, noch weit hinter dem Staatsdurchschnitt zurückbleibende Ausstattungsziffer 3,20“. (Welche Ziffer das Verhältnis der resp. Bahnlänge zu Bevölkerung und räumlicher Ausdehnung des betreffenden Gebiets bezeichnet.) „Wer sich aber die Entfernungen der Bahnhöfe vom Mittelpunkte der Stadt klar macht, und wer sie gar öfters vor oder nach einer Eisenbahnreise im Geschwindsschritte einer Berliner Droschke zu durchmessen gezwungen war, den wird der Anspruch nicht befremden, daß Berlin an Eisenbahn-Anschaulichkeit kaum von irgend einer nur halbwegs ansehnlichen Stadt der Welt übertroffen wird.“

Und wenn nicht ganz so schlimm, so doch nicht viel besser als Berlin, ergeht es ganz Preußen. Großpreußen, das es zur ersten Weltmacht der Welt gebracht hat, figurirt in der Tabelle für die Eisenbahnenentwicklung in allen Culturändern im Jahre 1872 an dreizehnter Stelle, während Baden die dritte, Sachsen die sechste, Württemberg die siebente, Bayern die zehnte, Mecklenburg-Schwerin die elfte und das deutsche Reich im Ganzen die zwölfte Stelle behauptet. Dabei ist als bezeichnend nicht zu übersehen, daß der Bahnbau in Baden, Sachsen, Württemberg fast ausschließlich und in Bayern zu zwei Dritttheilen der Staatsinitiative zu danken ist, sowie daß Frankreich und Oesterreich, wo der Privatbetrieb weitaus überwiegt, noch hinter Preußen und zwar an 16. und 17. Stelle zu stehen kommen.

Man sieht aus all Dem, die deutsche Bourgeoisie hat nicht die geringste Ursache, sich etwas auf die gemeinnützige Wirksamkeit ihrer Intelligenz bei Eisenbahnanlagen einzubilden und für ihre scheinheilliche Lügenhumanität baaren Lohn zu verlangen, sie ist immer nur dem rohen Triebe des allerprivatesten Privatinteresses gefolgt und hat diesem Triebe mit alles verzehrendem, jede höhere Rücksicht schonungslos anschließendem Eifer gefolgt.

(Schluß folgt.)

### Schweizerischer Fabrikgesetz-Entwurf,

wie derselbe aus den Beratungen der Experten-Commission hervorgegangen.

#### II. Beschäftigung von Frauen in Fabriken.

§ 12. Frauenpersonen sollen unter keinen Umständen weder zu Sonntags- noch zu Nacharbeit verwendet werden.

Wenn dieselben ein Handwerk zu betreiben haben, sind sie auf ihr Verlangen eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen. Vor und nach ihrer Niederlassung dürfen Böchernerinnen im Ganzen während 10 Wochen nicht in der Fabrik beschäftigt werden. Zum Reinigen von im Ganze beständlichen Maschinen sind sie nicht zu verwenden.

#### III. Beschäftigung von minderjährigen Arbeitern in Fabriken.

§ 16. Kinder, welche das 14. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, dürfen nicht zur Arbeit in Fabriken verwendet werden.

Nach zurückgelegtem vierzehn Jahren darf der Schul- und Religionsunterricht durch die Fabrikarbeit nicht beeinträchtigt werden. Der Schulunterricht und die Arbeit in der Fabrik sollen jedoch zusammen 10 Stunden nicht übersteigen.

Alle Sonntags- und Nacharbeit von jungen Leuten unter 18 Jahren ist ausnahmslos untersagt.

Der Bundesrath ist ermächtigt, diejenigen Fabrikweize zu bezeichnen, in welchen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen.

§ 17. Der Fabrikbesitzer ist dafür verantwortlich, daß keine Kinder unter 14 Jahren in die Fabrik aufgenommen werden.

#### IV. Vollziehung und Strafbestimmungen.

§ 18. Die Durchführung dieses Gesetzes, welches sowohl auf bereits bestehende als auf neu entstehende Fabriken Anwendung finden soll, liegt zunächst den Regierungen der Kantone ob, welche hierfür geeignete Organe bezeichnen werden.

Die Kantonsregierungen haben dem Bundesrath Verzeichnisse der auf ihrem Gebiete bestehenden, sowie später der neu entstehenden und der eingehenden Fabriken einzusenden. In denselben ist die in jeder Anstalt betriebene Fabrikation anzugeben und die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Weise anzuführen, daß die Geschlechter, sowie die jugendlichen Arbeiter unter dem zurückgelegten 16. und 18. Altersjahre besonders figuriren.

Die Regierungen erstatten dem Bundesrath am Schlusse jedes Jahres ausführlichen Bericht über die vom gegenwärtigen Gesetz berührten Fabrikverhältnisse und geben ihm, resp. dem hierfür bezeichnenden Departement, in der Zwischenzeit jede wünschbare sachbezügliche Auskunft.

Die Jahresberichte sollen sich namentlich in übersichtlicher Darstellung verbreiten über: die statigehabten Fabrikinspektionen, die

angeordneten Schutzmaßregeln, die vorgekommenen Tödtungen und Verletzungen, sowie die dafür bestimmten Entschädigungen, die erteilten Bewilligungen zu temporärer und fortgesetzter Nacharbeit, die Genehmigung von Fabrikordnungen.

§ 19. Der Bundesrath, dem die Controle über die Durchführung des Gesetzes zusteht, ernannt für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft je nach Bedürfnis zwei bis vier Fabrikinspektoren mit einer Jahresbesoldung von je 5000 Franken.

Dieselben sind dem Eisenbahn- und Handels-Departement unterstellt.

Der Bundesrath setzt die Pflichten und Befugnisse der Inspektoren fest.

§ 20. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder gegen die Anweisungen der zuständigen Aufsichtsbehörden sind, abgesehen von der Verantwortlichkeit gegenüber den Verletzten, mit Bußen von 20—1000 Franken durch die Gerichte zu belegen.

Im mehrfachen Wiederholungsfall darf das Gericht außer angemessener Geldbuße auch Gefängnis bis auf 6 Monate verhängen, wenn nicht die Handlung nach den Bestimmungen des gemeinen Strafrechts schon geahndet wird.

§ 21. Die kantonalen Gesetze und Verordnungen über das Gewerbetreiben dürfen nicht enthalten, was dem gegenwärtigen Gesetze widerspricht.

§ 22. Gegenwärtiges Gesetz tritt unter Vorbehalt der Volksabstimmung gemäß Artikel 89 der Bundesverfassung nach Ablauf von 90 Tagen nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

Der Bundesrath wird mit der Veröffentlichung und Vollziehung desselben beauftragt.

### Politische Uebersicht.

— Intelligenzstaatliches. Das „Westpreussische Volksblatt“, ein in Danzig erscheinendes ultramontanes Blättchen enthält in seiner Nr. 56 vom 28. Mai c.) unter „Lokales und Provinziales“ eine interessante Correspondenz aus Westpreußen, vom 24. Mai c., die wir nicht umhin können, unseren Lesern wörtlich mitzutheilen:

„Seit dem Jahre 1867 ist man bei uns zu der Einsicht gelangt, daß mehr als bisher geschehen müsse, um den Niedergang des Volksschulwesens anzuhalten. Trotzdem gab es am 1. September 1874 noch 6119 Lehrer mit einem Gehalt unter 200 Thaler, 18868 mit weniger als 250 Thaler und von 48879 Lehrern überhaupt nur 9297 mit einem Einkommen von über 400 Thlr., so daß also nicht weniger als 43084 preussische Volksschullehrer sich mit einem Einkommen begnügen mußten, welches zu einem einigermaßen anständigen Leben zu gering ist. Die „liberale“ Partei benutzte die Lehrer auf dem Lande häufig als Wahlagenten und versprach denselben ansehnliche Landtagswahlen goldene Berge; ihnen aber die Herren „Liberalen“ mit Hilfe der Lehrer erst darin, dann gilt auch für diese das Wort: „der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan...“ We Herr Kiesel, gegenwärtig der einzige Volksschullehrer im Abgeordnetenhaus, auf der letzten schlesischen Provinzial-Lehrer-Versammlung mitgeteilt hat, lebt der größte Theil der Abgeordneten der Ueberzeugung, „es sei durch die neuesten Gehaltszulagen sehr viel für die Lehrer geschehen und es könne jetzt bald mit den Gehaltsverbesserungen ein Abschluß gemacht werden.“ Interessant ist diese Ansicht; ob sie auch richtig ist, das ist freilich eine andere Sache. Die angeführten Zahlen sprechen sicher nicht für jene Behauptung.“

Also, der größte Theil der Herren Abgeordneten lebt der Ueberzeugung: „es sei durch die neuesten Gehaltszulagen sehr viel für die Lehrer geschehen und es könne jetzt bald mit den Gehaltsverbesserungen ein Abschluß gemacht werden.“ Sonderbarer Schwärmer aber, dieser Herr Kiesel, der, obgleich selbst Volksschullehrer und der einzige Vertreter seiner darbenben Kollegen im Abgeordnetenhaus, ohne zu erröthen eine solche Meinung dieser Herren theilt und, was noch befremdlicher ist, sie in einer Provinzial-Lehrer-Versammlung anzuspähen mag. Wahrlich, die im hohen Hause der Abgeordneten herrschende Luft muß Mißmissen enthalten, in denen alles gesunde Leben erstickt und, wenn auch nicht dem Leiblichen, so doch dem geistigen Tode entgegengeht.

Fragen wir jedoch, was die Staatsregierung zu diesen sogenannten „Gehaltsverbesserungen“ der Lehrer, „mit denen jetzt bald ein Abschluß gemacht werden kann“, beigetragen hat, so müssen wir antworten: ver schwachend wenig. Das Meiste müssen die Gemeinden, die übrigen von den Staats-, Provinzial-, Kreis- und Gemeindebesteuern schon genug niedergedrückt sind, anfbringen. Der Staat braucht sein Geld zu anderen Dingen, als da sind: Unterhaltung des Reptilien-Gesellschafts, Führung des famosen Kulturallias Pfaffenlampen, Räumergewehr, gezogene Kanonen, Festungen etc. und hat eben keine Fonds zu einer wirklichen Verbesserung der Lehrer-Gehälter, noch weniger zu einer radikalen Umgestaltung der Volksschule, wie sie den gewiß berechtigten Forderungen des Volkes entspricht, welches nicht eine Schale, wie die heutige ist, die der Jugend unnützen Wust in den Kopf trichter, sondern eine Schule verlangt, die denselben scheinbare und für das Leben nützliche und brauchbare Kenntnisse beibringt.

Edward Sacl sagt in seiner Schrift: „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit“, die wir wieder und wieder jedem Volkstheile auf das Wärmste empfehlen, sehr richtig: „Die Volksschule ist in deutschen Landen nicht das Achnabeddel — wie man so gerne sagt — das schließlich von einem Prinzen heimgeführt wurde, sondern der Caspar Hauser, den man zum Droskian ergoß“; und diese Worte treffen in dem vorliegenden Falle, gewiß auf einen Volksschullehrer, der die Meinung der Herren Abgeordneten, „daß durch die neuesten Gehaltszulagen sehr viel (???) für die Lehrer geschehen sei, theilt, genau zu.“

Wägen die 43,084 Lehrer, die mit einem Einkommen, welches zu einem einigermaßen anständigen Leben zu gering ist, dotirt sind, mit ihren Familien ihr kümmerliches Leben weiter fristen, mögen sie für die Herren „Liberalen“ und „Fortschrittlern“ bei den nächsten Wahlen sich als „Agenten“ weiter gebrauchen lassen; wenn sie damit zufrieden sind und nachher statt der, von diesen Herren versprochenen goldenen Berge, Fußsteine erhalten, und soll es recht sein; denn Handeln gehören Fußsteine.

— Zur Charakteristik der Bourgeois-Presse. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

„Gegen den Chef-Redakteur der „Nationalzeitung“, Dr. Dernburg, ist, wie wir hören, bereits vor einiger Zeit eine Klage auf Grund des § 11 des Reichspressegesetzes erhoben, weil er sich weigerte, eine thatsächliche Berichtigung anzunehmen. Bei Gelegenheit des diesjährigen Congresses deutscher Landwirthe hatte bekanntlich Herr von Dietz-Daber in einer Rede eine Mittheilung des früheren Chef-Redakteurs Dr. Zabel referirt, wonach dieser

\*) abgekürzt, für das lateinische Wort *currentis*, des laufenden, nämlich ann. Jahres.

\*) Das Verhältnis zwischen Staats- und Privatwirtschaft beim Eisenbahnbetrieb gestaltet sich in neuester Zeit in Preußen wenigstens leineweis nach Kolb's Statistik am Ende des Jahres 1869 (Statistische preussische Bahnen eine Länge von 1388,29 Meilen hatten, und davon nur wenig über die Hälfte ganz der Privatspekulation anheimgegeben war, nämlich 696,96 Meilen, so stellte sich nach der Zeitschrift des königlich preussischen statistischen Bureau's, Jahrgang XIV, Heft II und III das Fact für das Jahr 1874 wie folgt: Staatsbahnen 3850,75 Kilometer, Privatbahnen unter Staatsverwaltung 2430,40 Kilometer und Privatbahnen unter Privatverwaltung: 8255,42 Kilometer, mithin befinden sich 1874 von 14536 Kilometer (ca. 1935 Meilen) fast zwei Drittel (ca. 1100 Meilen) ohne irgend welche Controle in den Händen des Privatkapitals. D. Verf.

ich bei ihm beklagt, keinen einzigen Unterredakteur zu haben, welchem er die Recension einer gegen die Börse und die Geldmacht gerichteten Schrift anvertrauen könne, weil sie alle abhängig von der Börse wären. Dies hatte eine Entgegnung der „Nationalzeitung“ und eine Erklärung ihrer Unterredakteure zur Folge. Einer thatsächlichen Berichtigung, welche Herr v. Dieß hierauf einsandte, wurde die Aufnahme verweigert. Das betr. gerichtliche Verfahren schreitet, wie es scheint, nur langsam vorwärts, da der Vorfall sich bereits Ende Februar ereignete. Herr v. Dieß ist, wie verlangt, ein reichhaltiges Material nicht nur von einem anderen Mitgliede des Congresses, sondern auch von Parlaments- und Börsen-Mitgliedern zur Verfügung gestellt worden.“

Wir haben keinen Grund die Mittheilung der „Kreuzzeitung“ in Zweifel zu ziehen, namentlich nicht, daß Herr von Dieß über „reichhaltiges Material“ verfügt. Was hier der „Nationalzeitung“ vorgeworfen wird, läßt sich neun Zehnteln unserer sämtlichen Zeitungen vorwerfen, und das letzte Zehntel ist — mit verschwindenden Ausnahmen — nur deshalb „rein“, weil es, gleich gewissen mit ihrer Tugend prahlenden Franzosimurern, zu wenig Anziehungskraft besitzt, um in Versuchung geführt zu werden.

— Ueber „heftige Justiz“ läßt sich der „Dresdner Volksbote“ unterm 3. d. folgendermaßen aus:

„Wir sind heute in der Lage, weitere Mittheilungen aus heftiger Justizpraxis machen zu können. Kayser hatte sich wegen des bekannten (und auch von uns schon mitgetheilten. R. d. B.) Strafvolles, wobei er 8 Tage zum Spas geessen, an das Justizministerium nach Darmstadt mit einer Klage gewandt, worin er Schadenersatz verlangte, weil er durch die Haft sein Einkommen verlor und sodann beantragt, daß gegen den Staatsprokurator Schön zu Mainz Disziplinarrichter untersuchen eingeleitet werde. R. fügte eine zweite Forderung darauf, daß bei den Akten das Schriftstück doch befindlich sein müßte, welches den Ausweis für die gezahlte Geldstrafe liefert. Was das Schriftstück nicht bei den Akten, so lag doch jedenfalls eine Fahrlässigkeit vor, was dasselbe dabei und wurde dennoch die Gefängnißstrafe vollstreckt, so ist das ein Verfahren, welches aus strafrechtlichen Gründen gar nicht bezeichnet werden kann. Das Justizministerium zu Darmstadt, unterzeichnet Kempf, antwortete nun, daß dem Staatsprokurator Schön kein Verschulden zur Last gelegt werden könne, und der Entschädigungsanspruch zur weiteren Behandlung an das Finanzministerium abgeben wurde. Ob das Beweisstück bei den Akten lag oder nicht, darüber schweigt das Schriftstück. — Aus dem Vorfall geht für uns nur das Resultat hervor, wie wenig die persönliche Freiheit gesichert ist. Alle Personen, welche je mit dem Mainzer Gericht in Verbindung gekommen, müssen sich stets unsicher fühlen, denn sie wissen nicht, ob sich der Staatsprokurator Schön nicht wieder einmal irrt und sie eingesperrt werden. Man bedenke doch, Schön ist Strafvollesbeauftragter. Seiner discretionären Gewalt sind alle die ausgesetzt, gegen welche ein rechtskräftiges Erkenntnis vorliegt, und solch ein Mann weiß nicht, ob die Geldstrafen bezahlt sind, sondern läßt, trotzdem er selbst bei der Beschlagnahme der Gelder zur Deckung der Geldstrafe thätig war, getrost einsperren. Kayser war freilich seiner persönlichen Freiheit beraubt, aber der Staatsprokurator hatte sich nur geirrt und der Justizminister Kempf, auch ein Kulturkämpfer vor dem Herrn, sieht keine Schuld seines Staatsprokurators. Und was thut das überhaupt, im deutschen Reiche eingesperrt zu sein, herrscht doch außerhalb des Gefängnisses nicht viel mehr Freiheit als drinnen.“

Soweit der „Dresdner Volksbote“. An der ganzen Sache wundert uns nur, — oder würde uns wundern, wenn wir uns über deutsche Justiz und Justizbeamten noch wundern könnten — daß dem um 8 Tage seiner Freiheit beraubten Redakteur Kayser seitens des Staatsprokurators Schön nicht schon längst Privatgenugthnung geleistet worden ist. Es erlangt das „Versehen“ des Herrn Staatsprokurators Schön durch diese Unterlassungsstände einen gewissen kriminalistischen Beigeschmack, und zwar umso mehr, als jeder ehrenwerthe Mann sich gegenüber Kayser ohne Besinnen saltirt hätte. Nun, wir werden ja sehen, wie das heftige Finanzministerium entscheidet.

— „Wollt ihr den Frieden, — seid gerüstet zum Kriege“. Also lautet die Parole unserer Staatskünstler; und wenn es nach dieser Parole geht, dann müßte die Zeit des ewigen Friedens angebrochen sein, denn gerüstet sind wir — gerüstet bis an die Zähne.

Die „Luzerner Volkszeitung“ bringt eine statistische Notiz über die Anzahl der Gewehre und Pferde in den verschiedenen Staaten. Nach dieser verfügt das deutsche Reich über 3,500,800 Gewehre, nämlich 1,000,000 Drehs-, 400,000 Chassepot., 300,000 Berber- und 1,800,000 Mausier-Gewehre; Rußland über 1,650,000 Rika- und Verdun-Gewehre; Frankreich über 1,700,000 Chassepot.; Oesterreich über 1,374,000 Gewehre, nämlich 688,000 Wänzel- und 686,000 Wernat-Gewehre; Italien über 805,000 Gewehre, nämlich 617,000 Carcano-, 3000 Remington- und 180,000 Veiterli-Gewehre, und England über 175,000 Gewehre nämlich 100,000 Snayder- und 75,000 Martin-Gewehre. Eine zweite Zusammenstellung läßt die Anzahl der Pferde in den einzelnen Staaten erfahren. Borneo steht hier das europäische Rußland mit der respectablen Ziffer 10,072,000, dann folgt Deutschland mit 3,391,196, Oesterreich-Ungarn mit 2,690,000, Italien mit 570,000, Rumänien mit 506,104, Schweden mit 428,500, Holland mit 252,054 und die Schweiz mit nicht weniger als 105,859 Pferden. —

So, nun haben unsere Leser ein Bild von dem „ewigen Frieden“, der freilich nur so lange andauern wird, bis dieser oder jener Nachhaber einen Revdemansfall bekommt. —

— In Oestreich blüht wieder die Gesellschaftsretterei. Deseheim's Freisprechung hat dem System Oestreich wieder Oberwasser verschafft. Daß in Graz gegen Hochreiter, Kapella und Leberer ein Hochverrathprozess anhängig gemacht worden ist, haben wir schon erwähnt. Das corpus delicti besteht in einem — Gedicht aus dem Jahre 1867! Ein Journalist, der diese entsetzliche Thatsache der Deffentlichkeit überliefert hat, Dr. Stradner, ist deshalb ebenfalls verhaftet worden. — In Brunn wurde am 19. Mai H. Wanka verhaftet und, in Ketten geschloffen, nach Graz transportirt. — In Salzburg Adolph Meisinger verhaftet. — In Wien Hausdurchsuchungen im Redaktionslocal der „Gleichheit“, sowie bei Schwarzinger, Brückner, Marzshall, Chaloupla, Adraffy, Gödel, Winter, in Innsbruck bei Reisch, in Baden bei Rahn. — Gabriel in Graz, dessen Freiheitsstrafe bereits abgelassen ist, wurde im Gefängniß zurückgehalten. Vermuthlich hat er seine Haft zu einem „Hochverrath“ benützt. — In Wien wurde Emil Steinthal am 1. d. von Bourgeoischweren eines be-

liebigen Vergehens gegen die „beste der Wälten“ schuldig erkannt und zu 4 Monaten schweren Kerkers verurtheilt. Als Staatsanwalt fungirte in diesem Prozess Graf Lamezan, der, wie die „Gleichheit“ anbetet, in echt Lessendorffischer Weise vorging. „Maßlos heftig, Schimpfwörter gebrauchend, zitierte er alles mögliche nicht zur Sache gehörige, die Commune, Petroleum etc.“ Der edle Graf wollte sich offenbar von dem Vorwurf des Sozialismus reinwaschen, den er sich bei den Gründern und sonstigen „großen Spigbuben“ durch seinen etwas unstaatsanwältlichen Ehrlichkeitsraptus im Deseheim-Prozess zugezogen hatte. Wir verdanken's den Mann nicht. Was soll aus den Lamezan's werden, wenn es den Sozialisten gelingt, die „großen Spigbuben“ abzuschaffen?

— Am 6. d. bezog sich Parteigenosse Schen nach Großenhain, um in einer Volksversammlung Bericht über den Gothaer Einigungskongress, auf welchem er die Großenhainer Parteigenossen vertreten hatte, zu erstatten. Vor Beginn der Versammlung wurde er jedoch verhaftet, und auf Grund einer ministeriellen Anweisungsbefehl vom Jahr 1872 von 2 Polizisten und 1 Gendarmen per Schub über die Grenze gebracht. Der Volkstreter dieses Polizeistückens zur größeren Ehre des Bismarck'schen Reichs ist der von Meernee her satfam bekannte Arbeiterseiner und „Katheersozialist“ Ludwig Wolf. Schen befindet sich jetzt in Thüringen; wird in den nächsten Tagen nach London zurückkehren und kann dann den Engländern von der neudeutschen Herrlichkeit erzählen.

— Der Münchener Sozialistenprozess, den wir vor Kurzem signalisirten, ist nach einer Dauer von drei Tagen am 2. Juni zum Abschluß gebracht. Es sind nicht weniger als 76 Genossen angeklagt, und zerfällt die Anklage in folgende Theile:

1) Gegen den sozialdemokratischen Vertrauensmann Michael Jang und 26 Genossen auf Uebertretung des Art. 14 des Vereinsgesetzes, weil sie als Vorstände es unterlassen hatten, von der Existenz der von ihnen geleiteten Vereine die gesetzlich vorgeschriebene Anzeige zu erstatten; 2) auf ein Vergehen wider Art. 17 desselben Gesetzes, weil diese Vereine mit auswärtigen politischen Vereinen davor in Association gestanden seien, daß der hiesige politische Lokalverein dem politischen Centralverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit dem Sitz in Eisenach soweit eingeliebert war, daß er den Tages- und Beschlüssen des letzteren unterworfen war; 3) gegen Hand Schuhmacher Heinrich Döhme auf ein Vergehen der Unterschlagung, indem er Vereinsgelder, die ihm als Kassierer anvertraut waren, ihrem Bestimmungszweck entfremdete, und 4) gegen Redakteur Bruno Geiser auf ein Vergehen wider Art. 17 des Vereinsgesetzes, weil er sich bestrebt, die Arbeitervereine unter sozialdemokratischer Tendenz so zu organisiren, daß sie sich mit öffentlichen Angelegenheiten und lokalen Maßnahmen befassen, sohin als selbstständiger politischer Körper auftrat und daß die Thätigkeit des lokalen Vereins eine Erweiterung durch das Anstreben des Zweckes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, nämlich der Errichtung eines freien Volksstaates, erhalten habe.

Dem Staatsanwalt stand ein Hülfesapparat von 13 Belastungszeugen, nämlich 12 Polizeibeamte und auch 1 Buchdrucker, zur Verfügung; für die Angeklagten, die sich selber verteidigten, traten 5 Arbeiter als Zeugen ein. Aus der, Dienstag den 1. Juni, gehaltenen Kastrade des Staatsanwalts wollen wir nach der „Frtf. Ztg.“ nur folgende Stellen hervorheben:

„Das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, führte der Staatsanwalt aus, „sei insbesondere im § 6 vollständig dem Programme der Internationalen Association gleich; die Gewerkschaften bilden den Kern, die Seele der Internationale, sie sollen die Vorkäule für die Productivgenossenschaften sein. Auf dem Congresse zu Genf 1868 habe die Internationale es als Hauptaufgabe hingestellt, daß die Arbeiter sich in Gewerkschaften zur Abwehr und zum Angriff gegen bestehende Zustände vereinigen sollen, wozu ihnen die Internationale ihre Organisation leihe. Die einzelnen Gewerkschaften bilden demnach die Cadres der sozialistischen Armee, welche ihre Rekruten mit dem gesammelten Nutzen zum Kampfe gegen die bestehende Ordnung ausstatten, sie bilden die Commune der Zukunft. Alle Arbeiter müßten den Gewerkschaften geistig und körperlich angehören, danach würde das Klassensystem umgestürzt, das so leidenschaftlich gehagte Capital auseinandergerissen, Grund und Boden getheilt, das Erbrecht und jedes Privilegium abgeschafft. — Das sei das Bild der auf den Trümmern der heutigen Gesellschaft aufgebauten Zukunft. Es sei daher klar, daß die Gewerkschaften durchaus keine gewerblichen Fachvereine, sondern politische Vereine sind; die hiesige Arbeiterbewegung habe den politischen Charakter derselben außer Zweifel gestellt. Die Thatsache, daß man sich viele Mühe gegeben habe, der Organisation ein Gewand umzuhängen, das sich am Vereinsgesetz knapp vorbeidrückt gestattete, indem man den Verein als Mitgliedschaft und den Vorstand als „Vertrauensmann“ ausgab etc. — habe in München nicht zu täuschen vermocht.“

„Mit solchen aus den nationalliberalen Blättern zusammengeklaubten Schlagwörtern geht man den Arbeitern zu Liebe. Es ist klar: es handelt sich um völlige Lahmlegung der Arbeiterbewegung in München, und da ist dem Staatsanwalt — sein Name ist Barsch — jedes Mittel recht, wenn es nur zum Ziele führt. Es ist ferner klar, daß dieser Prozess ein Tendenzprozess vom reinsten Wasser ist. In, wenn die Arbeiter mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung Bewegung machten, wenn sie die Capitalisten in der süßen Arbeit des Ausbentens nicht zu hören suchten, dann könnten sie Vereine gründen nach Belieben, dann könnten sie auch untereinander in Verbindung stehen — kein Staatsanwalt würde sich darum kümmern. So aber muß brav angeklagt, aufgelöst und verurtheilt werden, das ist Staats- und Gesellschaftsretterspflicht.“

Den Trumpf spielte der Staatsanwalt mit folgenden Strafentzügen aus:

1) den Vertrauensmann Jang nebst weiteren 8 Genossen wegen Vergehens und Uebertretung wider die Art. 17 und 14 des Vereinsgesetzes zu je 8 Tagen Gefängniß und 6 Thlr. Buße; 2) den Vorstand der Buchdrucker-Genossenschaft Frz. Ernst zu 14 Tagen Gefängniß und 6 Thlr. Buße; 3) den Buchdrucker R. Ernst zu 12 Tagen Gefängniß und 20 Thlr. Buße; 4) 9 Arbeiter zu je 10 Tagen Gefängniß; 5) den Arbeiter Restler zu 8 Tagen Gefängniß; 6) den Redakteur Bruno Geiser nebst 37 Genossen zu je 6 Tagen Gefängniß; 7) weitere 14 Arbeiter zu je 3 Tagen Gefängniß und 6 Thlr. Buße; 8) den Hand Schuhmacher Heinrich Döhme wegen Unterschlagung von Genossenschaftsgeldern (Döhme hatte Gelder der Münchener Genossenschaftsbuchdruckerei in deren Interesse in der Garenfabrik von Lektin und Comp. zinsbar angelegt. Die Gelder sind übrigens schon zurückgezahlt.) zu 5 Monaten Gefängniß und wegen Agitation zu 20 Thlr. zu verurtheilen; 9) die gerichtliche Auflösung der Buchdrucker-Genossenschaft auf Grund des Art. 30 des Reichsgewerkschaftsgesetzes aus-

zusprechen, endlich 10) 1 Angeklagten dem Militärgericht zu überweisen und 2 Angeklagte freizusprechen. Das Urtheil, welches am 9. d. publizirt werden sollte, kann erst in nächster Nummer von uns mitgetheilt werden. —

### Innere Partei = Angelegenheiten.

Die sozialistische Arbeiterpartei ist heute durch den unterzeichneten Vorstand konstituirten worden. Das vom Einigungskongress beschlossene Programm nebst Organisation, Geschäftsordnung, Mitgliedsarten, Beitragsmarken und erläuterndem Circular werden am 11. und 12. Juni vom Vorstande an alle ihm bekannten Parteigenossen versandt werden.

Der monatliche Parteibeitrag beträgt 15 Reichspfennige; derselbe wird durch Beitragsmarken, welche direkt vom Parteiführer oder von den Agenten des Vorstandes zu erhalten sind, quittirt und ist unverfälscht an die Parteikasse einzuführen.

Parteigenossen, welche bereit sind, besonders für die Ausbreitung der Partei zu wirken, wollen sich unverzüglich an die untenstehende Adresse Drossel's wenden.

Mit Gruß!

Hamburg, 8. Juni 1875.

Der Vorstand  
der sozialistischen Arbeiterpartei.  
Hasenclever, Hartmann, Auers. Drossel, Geib.  
Briefe sind zu senden an Drossel, große Rosenstraße 36, II.;  
alle Gelder an August Geib, Ködingerstraße 12.

### Gewerkschaftsgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Siegen, 6. Juni. Abrechnung der Gewerkschaft für 1. Quartal 1875. An Kassenbestand vom 4. Quartal 1874: Mark 1534 30 Pf. Einnahmen: von Pforzheim 4. Quartal 1874: 1,68. Gotha 4. Quartal 3,97. Gotha 1. Quartal 7,91. Pforzheim 1. Quartal 1,45. Chemnitz 5,20. Stade 34. Halle a. d. S. 19,40. Leipzig 31,20. Berlin 28,60. Braunschweig 78,82. Constanz 4. Schw.-Gmünd 7,37. Hamburg 17,10. Ulm 12,4. Bielefeld 4. Quartal 1874: 5,80. Bielefeld 1. Quartal 1875: 5,95. Bayreuth 8,50. Landshut 18. Nürnberg 81,46. Augsburg 49. Barmen 6,28. Wiesbaden 14,93. Eberfeld 7,39. Siegen 16,44. Zusammen 2000,79. Die Ausgaben an Porto und Paquetbefragungen für Januar 10,43. 500 Gewerkschaftstatuten 37,25. Porto und Paquetbefragungen für Februar 10. März 5,67, zusammen 63,40, bleibt Kassenbestand 1937,39. Der Bestand des Streifenfonds beträgt 163,77. Der Kassenzustand: an Kassenbestand vom 4. Quartal 1874: 537,9. Einnahmen: von Pforzheim für 4. Quartal 1874: 4,94. 1. Quartal 3,31. Gotha 1. Quartal 14,10. Chemnitz 8,13. Stade 13,75. Halle a. d. S. 16,49. Leipzig 21,57. Berlin 9,90. Braunschweig 79,35. Constanz 3,49. Hamburg 6,75. Ulm 14,58. Nürnberg 9,15. Bayreuth 4,18. Landshut 25,70. Nürnberg 4,14. Augsburg 4. Quartal 1874: 6,1. Augsburg 1. Quartal 1875: 15,76. Barmen 5,59. Wiesbaden 10,72. Eberfeld 6. Siegen 9. Zusammen 885,62. Die Ausgaben: an Zinsfuß nach Nürnberg 75. Rich Berlin I. 60, II. 24. III. 9,90. Schw.-Gmünd 86. Nürnberg 104,50. Augsburg 62,1. Braunschweig 79,35. Schw.-Gmünd 3,61. Für 1000 Statuten der Kassenkasse 27,60. Portoauslagen 10 Pf. Zusammen 482,7. Bleibt Kassenbestand 403,55. — Da sich die Anforderungen an die Kassenkasse bedeutend gesteigert, haben wir im Einverständnis mit der Centralcommission eine Erhöhung der Wochenbeiträge um 5 Pf. Reichsmünze für unbedingt notwendig erachtet. Wir unterbreiten dieses hiermit den Mitgliedern zur Urabstimmung mit freundlichem Gesuchen, uns das Resultat derselben mit genauer Stimmenanzahl für und gegen, schleunigst mitzutheilen. Mit Gruß und Handschlag  
Der Ausschuss  
J. A.: Balth. Klery.

P. S. Gleichzeitig bitte ich bei Angabe der Abstimmung die genauen Adressen der Bevollmächtigten und Kassierer mitzutheilen.  
Der Obige.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Hamburg, 6. Juni. Auf der am 29. bis 31. Mai in Meissen abgehaltenen Generalversammlung waren vertreten die Mitglieder von Hamburg, Lübeck, Uetersen, Kellinghusen, Dresden, Chemnitz, Meissen, Nürnberg, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Darmstadt und Mainz. Es wurde Herr Schweis aus Wiesbaden einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt. Alle Correspondenzen in Vereinsangelegenheiten sind von jetzt an an denselben, Carlstraße 28 in Wiesbaden, zu richten. Näherer Bericht über den Gang der Versammlung erfolgt durch das Protokoll. Betreffs der Abrechnung muß ich mittheilen, daß nicht die Kasse vom alten Vorstande in Dresden mit einem Defizit von 20 Thalern dem Vorstande in Hamburg übergeben ist, sondern daß dem damals gewählten Vorsitzenden J. Wille 40 Thaler übergeben und der Rest von 2 Thlr. 12 Agr. an den Kassierer Nilfen geschickt wurde, also ein Kassenbestand von 42 Thlr. 12 Agr. war.  
E. Gebert.

Verein der Sattler und Berufs-genossen.

Berlin, 6. Juni. Collegen! Es war mir bis jetzt nicht möglich, einen Bericht über die am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertage zu Dresden stattgehabte Generalversammlung unseres Vereins zu veröffentlichen, da ich mich leider noch nicht im Besitze des hierzu erforderlichen Materials befand, und kann ich auch heute nur eine kurze Notiz über die wichtigsten Punkte der Verhandlungen bringen. Sobald mir aber das von den Dresdener Schriftführern ausgenommene Protokoll, sowie der stenographische Bericht vorliegt, werde ich ausführliches berichten.

Die vornehmsten der gefaßten Beschlüsse sind:

1) Gründung einer Central-Kassenkasse, deren Statuten laut Beschluß der Generalversammlung von dem neuwählenden Vorstande ausgearbeitet und dann der Urabstimmung der Mitglieder zu unterbreiten sind.

2) Gründung von lokalen Unterstützungskassen für Arbeitslose in allen hierzu geeigneten Mitgliedschaften und Verbindung dieser Kassen durch sog. Cartelloverträge.

3) Erhöhung des Monatsbeitrages von 30 auf 50 Pf., wovon jedoch hinfort 30 Pf. der Lokal- und 20 Pf. sowie nach wie vor das Einschreibegeld, der Centralkasse zufallen sollen.

4) Das Sterbegeld für Vereinrathes wegzulassen zu lassen, jedoch erst dann, wenn die Central-Kassenkasse in's Leben getreten ist.

Zu Punkt 3, Erhöhung des Beitrages, sei bemerkt, daß dieselbe laut Vorstandbeschlusse vom 1. d. mit dem 1. Juli e. beginnt, worauf genau zu achten ist.

Die Vertrauensmänner, sowie diejenigen Collegen, welche im

Städten arbeiten, wo noch keine Mitgliedschaft besteht, werden er-  
sucht, die Zahl der gewünschten Generalversammlung-Protokolle  
möglichst genau anzugeben, damit die Auflage danach bemessen  
werden kann, und ersuche ich, diese Mittheilung, gleich dem Be-  
richte über die statutenmäßigen Neuwahlen der Localvorstände,  
beizufügen, und sämtliche Adressen so schnell als möglich an  
mich zu senden, da dieselben im „Vollstaats“ veröffentlicht werden  
sollen. Es sind anzugeben: die Vertrauensmänner, Schrift-  
führer, Kassierer, Revisoren, Herbergen und Arbeits-Nach-  
weisungs-Bureau.

Außerdem mache ich noch darauf aufmerksam, daß Briefe, so-  
fern sie nicht bloß Kasseeangelegenheiten betreffen, nur dann auf  
schnelle Beantwortung Anspruch haben, wenn sie an meine Adresse  
gerichtet sind.

Des Uebrige enthält der in Kurzem erscheinende ausführ-  
liche Bericht, und ersuche ich alle Vereins-Beamten, von dem ge-  
werkschaftlichen Inhalt des „Vollstaats“ jederzeit genaue  
Kenntniß zu nehmen.

Mit Gruß!  
E. Gente, Vorsitzender.  
Katerstraße 27-28.

Berichtigung. Die dem Vorsitzenden des Vereins von der  
Generalversammlung ausgesetzte monatliche Vergütung beträgt nicht,  
wie in einer Correspondenz des „Vollstaats“ irrtümlich bemerkt  
war, 10 Thlr., sondern 10 Mark, also 3 Thlr. 10 Sgr.

#### Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. In den letzten Tagen des Monats brachten  
die Zeitungen der Hafenstädte die Nachricht, daß Mittwoch, den  
26. Mai, den Schiffszimmerer in Bremerhaven und West-  
münde, ca. 800 an der Zahl, mit einer Frist von 14 Tagen  
gekündigt worden, und zwar angeblich aus folgendem Grunde:  
„Auf der Werft des Herrn J. E. Tiedlensborg, so erzählen die  
betreffenden Blätter, arbeiteten seit einiger Zeit zwei Zimmerer,  
welche nicht dem allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Verein an-  
gehörten und sich weigerten, demselben beizutreten. Nun traten an  
einem Tage die Schiffszimmerer mit der Forderung an Herrn  
Tiedlensborg heran, die besagten zwei Mann zu entlassen, oder es  
würden alle auf der Werft beschäftigten Leute die Arbeit verlassen.  
In einer Versammlung der Herren Schiffsbaumeister wurde am  
folgenden Tage der Fall erörtert, und der Beschluß gefaßt, dem  
Ansinnen der Leute nicht nachzugeben, nöthigenfalls aber, wenn es  
zur Kündigung auf Tiedlensborgs Werft Seitens der Leute kommen  
sollte, auf allen Plätzen zugleich zu kündigen. Dieses geschah, die  
Leute auf Tiedlensborgs Werft kündigten, und somit wurde Allen  
gekündigt.“

Dies der Bericht unserer Gegner, der ganz falsch ist. Die  
beiden besagten Leute haben sich der Organisation ihrer übrigen  
Collegen bereits angeschlossen, und die Meister ihre Kündi-  
gung selber zurückgezogen, und somit ist die Sache ohne  
irgend eine Arbeiterstellung beendet worden. Es hätte, wenn  
es zur wirklichen Arbeitseinstellung in Bremerhaven-  
Westmünde gekommen wäre, sehr leicht eine allgemeine Arbeitseinstellung der  
Schiffszimmerer Deutschlands daraus entstehen können. Denn  
schon herrschte in Folge der Handlungsweise der Schiffsbaumeister  
eine sehr große Aufregung unter den Schiffszimmerern Hamburgs  
und der Umgegend am Elbstrome, und schon machte man sich mit  
dem Gedanken vertraut, an dem Tage, wo unsere Bremerhaver  
Collegen ausgespart wurden, freiwillig die Arbeit niederzulegen,  
und sie nicht eher wieder anzunehmen, als bis eine genügende  
Lehrerhöhung erlangt worden.

Es ist also dadurch, daß die beiden Leute sich ihren übrigen  
Collegen angeschlossen und die Meister ihre Kündigung zurück-  
gezogen haben, ein großer Strich verhütet worden. Denn  
wahrlich, die Schiffszimmerer Deutschlands lassen sich nicht zurück-  
scheiden und nehmen jeden Kampf, welcher in siverer Weise von  
den Meistern angesetzt wird, ruhig und tollkühn auf.

Wegen Stürme an uns heranbraufen, der Verein Norddeut-  
scher Schiffsbaumeister darf versichert sein, daß wir unsere Orga-  
nisation hoch zu halten wissen!

Nächstens ein Bericht über unsere Lübecker Kollegen, welche  
seit dem 11. Februar noch immer sich im Kampfe befinden.

Mit sozialdemokratischem Gruß!  
H. Große.

#### Correspondenzen.

Heuslingen. In letzter Zeit mußten die hiesigen Weber  
leider wieder die traurige Erfahrung machen, daß es noch sehr  
viele Arbeiter giebt, welche, trotz schon so häufiger Warnung und  
Erwahnung, wenn in irgend einem nicht-arbeiterfreundlichem Blatt  
Arbeiter gegen einen von vornherein verächtlich hohen Verdienst  
gekauft werden, sofort Glauben schenken, ihre besser lohnende Ar-  
beit verlassen und diesem Speck, der in die Falle gehängt ist,  
nachgehen. So wurden vor einigen Wochen von einer hiesigen  
mechanischen Weberei in der „Seraer Zeitung“ tätige Weber ge-  
gen einen Lohn von 20 Thlr., sage zwanzig Thlr., gesucht, und  
flugs waren einige Weber angekommen, die sich im neuen Eldo-  
rado ein bene thun wollten. Aber kaum waren sie da, so sahen  
sie ein, daß sie betrogen waren und mußten an Geld ärmer und  
an Erfolg reicher, wieder zurückkehren und ihre alte Stelle aus-  
suchen. Ueber die Lohnverhältnisse der hiesigen Weber kann man  
berichten, daß der Lohn sich bei tätigen Webern durchschnittlich  
auf 16-17 Thlr. (in 14 Tagen) aber nicht auf 20 Thlr. beläuft. Es wird  
deshalb allen der Branche angehörigen Arbeitern der Rath ertheilt,  
falls sie wieder durch so falsche Schwindel-Annoncen herbeigeloht  
würden, sich an den Vertrauensmann der Manufaktur-, Fabrik-  
und Handarbeiter-Gewerkschaft zu wenden, woselbst sie  
klaren Aufschluß über die Lohnverhältnisse erhalten.

#### Genossenschaftsbuchdruckerei.

Dem „Geschäftsbericht des Vorstandes an die dritte ordentliche  
Generalversammlung zu Gotha“, d. d. Leipzig, den 22. Mai 1875,  
entnehmen wir Folgendes:

„Einer Bestimmung des § 24 unseres Statuts nachkommend,  
welcher zufolge mit 31. März jeden Jahres die Geschäftsbücher  
abzuschließen sind, übergeben wir hiermit unsern Mitgliedern den  
Geschäfts- und Rechnungsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1874  
bis 31. März 1875, also neun Monate umfassend. — Wie ein  
Blick auf die Bilanz zeigt (s. Inserat in heutiger Nummer), ist die  
Genossenschaftsbuchdruckerei von der herrschenden Geschäftskrise  
nicht berührt worden. Während der Gesamtumsatz im ver-  
gangenen Jahre sich mit ca. 39,000 Mark bezieht, hat sich für  
die abgelaufenen  $\frac{3}{4}$  Jahre ein solcher von ca. 28,000 Mark er-  
geben, welches Resultat genau dem vorjährigen entspricht. — Die  
Arbeitslöhne betragen incl. Salair und Schriftsteller-Honorare  
16,757 Mark 41 Pf., die Geschäftskosten (Ausgaben für  
Miethe, Del, Heizungsmaterial, Fortis und sonstige Spesen) 2318  
M. 49 Pf. — An Dividenden für Genossenschafts-Antheile  
und Darlehenszinsen auf das Geschäftsjahr 1873/74 wurden 382 M.

51 Pf. auf Verlangen in baar abgezahlt. Ueber den Verbleib  
des Reingewinns aus vorigem Geschäftsjahr im Betrage von  
6503 Mark 13 Pf. ist zu bemerken, daß die letzte Generalversam-  
lung von dieser Summe außer den Dividenden (6%) für die vollein-  
zahlten Genossenschafts-Antheile, je 1500 Mark zur Begleichung  
der Conto „Vollstaats-Expedition“ und „Partei-Ausschuß“, zu-  
sammen also 3000 Mark, abgesetzt hat, während der Rest auf's  
Conto „Reservefond“ gestellt wurde, welches nunmehr einschließ-  
lich seiner Zinsen bis zur Höhe von 4315 Mark 95 Pf. ange-  
wachsen ist (siehe Bilanz unter II. Ff.). Dieser Betrag und die  
unter „I. A. Inventar-Conto“ (Maschinen 12,558 Mark 75 Pf.,  
Typen-Material 10,470 Mark 74 Pf. und Diverse Utensilien  
1988 Mark 11 Pf.) mit 25,017 Mark 60 Pf., in Summa 29,323  
Mark 55 Pf., stellen das eigentliche Genossenschafts-Vermögen  
dar, welchem der Posten „Antheile der Genossen“ (Bilanz II. Bb.)  
mit 16,742 Mark 67 Pf. gegenübersteht. — Der Reingewinn  
(in der Bilanz „Saldo zum Ausgleich“) beträgt 5100 Mark  
42 Pf. — Unsere Debitoren (in der Bilanz mit „C. Diverse  
Außenstände“ bezeichnet) haben sich auch in dem verfloffenen Ge-  
schäftsjahre als prompte Zahler erwiesen, und ist die mit 18,899  
Mark 37 Pf. aufgeführte Summe im Großen und Ganzen heute  
bereits beglichen. Als erwähnenswerthe Außenstände sind nur an-  
zuführen die Conto „Partei-Ausschuß“ (ca. 2000 Mark) und  
„Vollstaats-Expedition“ (5991 Mark 48 Pf.). — Die Abschlags-  
zahlungen auf Druckerei-Inventar (Maschinen, Typen etc.) be-  
trugen 3127 Mark 40 Pf.; vermehrt wurde das Inventar um ca.  
15 Ctr. an Typen und um diverse Holz-Utensilien, im Werthe von  
über 3000 Mark. — Die Schulden der Druckerei (Bilanz II. Aa)  
beizifferten sich am 31. März a. c. auf 9770 Mark 81 Pf., worauf  
heute nur noch ca. 2000 Mark zu zahlen sind.

Die Gesamt-Mitgliederzahl der Genossenschaft betrug  
am Schluß des Geschäftsjahrs 376, davon besaßen 283 Mitglie-  
der Vollantheilscheine bis zu 15 Stück; 78 Sparantheilhaber sind  
nach § 3 des Statuts zur Vollzahlung aufzufordern, vollzuzahlen  
sind noch 15 in Ordnung befindliche Sparantheile.  
Vom 1. Juli 1874 bis 31. März 1875 sind neu einge-  
treten 26 Mitglieder; ihr Mitgliedsrecht übertrugen 15 Mit-  
glieder; gestorben sind während dieser Zeit 4 Mitglieder: Th.  
Jord-Hamburg, C. Wenzel-Witten, N. Marcevic-Pancsova und  
J. Joh-Hannover. — Ausgeschieden sind 7 Mitglieder.

Vorliegende Angaben dürften genügen, um die Mitglieder  
über den Stand des Geschäfts zu orientiren. Wie in unserm  
letzten Berichte, so können wir auch diesmal mit Genuthung die  
fortgesetzte gedrückte Entwicklung des Unternehmens constatiren,  
und ist es eigentlich nur ein Umstand, der uns Sorge macht: die  
Localfrage. Nächsten Michaelis läßt unser Mietvertrag ab,  
und ist uns das Geschäftslocal vergangene Ostern gekündigt wor-  
den, — weil wir den „Vollstaats“ drucken. Um nun in Zukunft  
berartigen Eventualitäten zu begegnen, haben wir den Erwerb eines  
Grundstücks ins Auge gefaßt, ohne daß es uns jedoch bis heute  
gelungen wäre, über die Vorfragen hinauszukommen. Auch wol-  
ten wir zu diesem wichtigen Schritte der Zustimmung der Mit-  
glieder nicht entbehren, und unterbreiten hiermit der Generalver-  
sammlung diese Angelegenheit, indem wir zugleich an alle Die-  
jenigen, welchen dies möglich ist, das Ersuchen richten, ihr Inter-  
esse an der Entwicklung des Geschäfts durch Entnahme weiterer  
Antheile oder durch Ueberlassung von Darlehen zu be-  
stärken. Die Genossenschaftsbuchdruckerei verzinst solche Darlehen  
mit 5 Prozent, ein Zinsfuß, wie ihn keine Sparkasse gewährt.  
Wir würden in dieser Weise uns nicht an die Mitglieder  
wenden, hätten wir nicht die feste Ueberzeugung von der Rentabi-  
lität des Unternehmens und von der unerschütterlichen Sicherheit der  
eingelegten Gelder, welche, wir wissen es sehr wohl, in vielen Fällen  
die „Rothpennige“ der Darleiher sind.

„In der Hoffnung, daß es gelingen werde, die vorerwähnte  
Angelegenheit bald zu einem guten Ende zu führen, und daß wir  
den Mitgliedern auch im nächsten Geschäftsbericht recht erfreuliche  
Mittheilungen über den Fortgang des Unternehmens machen kön-  
nen, zeichnen wir etc.  
Die Generalversammlung, auf welcher 54 Mitglieder ver-  
treten waren, ertheilte dem Vorstand einstimmig Decharge über die  
gelegte Rechnung. Der Vorstand wurde auf neue einstimmig ge-  
wählt, und Hamburg zum Sitz des Aufsichtsraths bestimmt.

Von dem Geschäfts-Reingewinn wurden 6 Proz. Dividende für  
die vollingezahlten Antheilscheine und ca. 2000 Mark zur Be-  
gleichung des Conto's „Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiter-  
partei“ abgesetzt, und der Rest dem Reservefond überwiesen. —  
Schließlich sprach die Generalversammlung ihr Einverständnis mit  
dem beabsichtigten Erwerb eines Hausgrundstücks aus.

#### Bestellen

der Expedition. Hülfsk Baden-Baden: Bestellen Sie das Gewünschte  
bei J. Franz in Zürich.

#### Darlegung

Von Wehl hier Ab. 0,55. B. Jof Dresden Ab. 36,00. Mit hier  
Ab. 3,00. Wdhfn Frankfurt Schft. 86,82. Ark.-Bild.-Ber. hier An.  
2,00. Brigm hier Ab. 1,76. Brdm Gotha Ab. 25,00. Sahr Lindenau  
Ab. 7,50. B. Br Frankfurt Schft. 9,00. G. Srichs Elm Ab. 30,00.  
J. Sahn Elm Schft. 8,00.

#### Fond für Gemeinnützigkeit.

Klein Debit 1,50.

#### Anzeigen etc.

Die rechts in [ ] angegebene Ziffer bedeutet  
den Preis der betreffenden Annonce in Reichspennigen.

#### Augsburg

Samstag, den 12. Juni, Abends 8 Uhr:  
Versammlung  
aller hiesigen Sozialdemokraten, bei Bierbrauer Lindner (früher Bloßfeld).  
Tagesordnung: Das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutsch-  
lands. S. 3. Uebere. [50]

#### Augsburg

Sonntag, den 13. Juni, Vormittags 10 Uhr  
Monatsversammlung  
bei Bierbrauer Eisenmaier, Jakobervorstadt.  
Der Ausschuß. [50]

#### Denz

(bei Elm) Da ich seit dem 1. Juni hierseits, Neustr. 24,  
meine Schwitzkammer eröffnen habe, so erlaube ich  
mir hierdurch, dieselbe den hiesigen Partijgenossen bestens zu empfehlen.  
Tages- und Abendeffen nebst alterthümlicher Lagerien und realer Be-  
dienung zu wünschigen Preisen steht zu Diensten. Partijblätter liegen auf.  
Mit bestem Gruß  
Carl Brenner. [50]

#### Gohlis

Arbeiterverein.  
Montag, 14. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung bei  
Lunja (Bierstube). — Tagesordnung: „Der Sozialisten - Congreß in  
Gotha“, Referent Fischer-Lonberg. Verschiedenes. — Gäste willkommen.  
Referenten werden an die Berichtigung ihrer Steuerreste erinnert.  
Der Vorstand. [50]

#### Hannover

Arbeiterverein.  
Sonnabend, den 12. d. Ms., Abends 8 Uhr:  
Essentielle Versammlung.  
im Locale der Herrn Matthes, Neustr. 45. — Tagesordnung: Vortrag  
von G. L. e. Rudolph. [40]

#### Leipzig

Metallarbeiter-Gewerkschaft.  
Montag, den 14. d. M., Abends 8 Uhr: Versammlung  
Neulastr. 38 (Goldner Ring).  
Tagesordnung: 1) Die Erhöhung der Gewerkschaftsteuer. 2) Bericht  
der Generalversammlung. 3) Prolegomena.  
Alle Mitglieder müssen erscheinen. [60]

#### Leipzig

Montag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr:  
Versammlung der Maurer und Zimmerer  
im Saale des „Lions“.

#### Leipzig

Sonnabend, den 12. Juni:  
Sommerfest  
in der Restauration zur Moritzburg in Gohlis, verbunden mit Concert  
und Ball. — Anfang Nachmittags 3 Uhr. — Alle Collegen sind hierzu  
freundschaftlich eingeladen.  
Der Vorstand. [1,50]

#### Leipzig und Umgegend

Sonntag, den 13. d. M.:  
Allgemeiner Ausflug  
nach Markranstädt, wozu Partei-, Gewerks- und Gesinnungsgenossen  
hiermit eingeladen werden.

Abmarsch punkt 6 Uhr von der Brandbäckerei zu Leipzig, punkt halb  
8 Uhr von Lange's Restauration zu Klein;socher.  
Recht zahlreicher Theilnahme von sämmtlichen Vereinen steht entgegen.  
Das Comite.  
NB. Rückfahrt per Bahn. Ueberführer sind mitzubringen. Bei Regen-  
wetter unterbleibt der Ausflug. [300]

#### Leipzig

Sonntag, den 13. Juni, früh 5 Uhr:  
Großer Ausflug  
der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer nach der großen Höhe,  
Wölfling-Chrenberg, Barack, wozu Freunde und Gesinnungsgenossen  
freundschaftlich eingeladen.  
NB. Samstags Schneeemanns Restauration, Dorotheenstr. 5. [150]

#### Waltergehilfen

(D. 3407)  
Sucht G. Erbe, Schwalbacher Straße 22, Wiesbaden. (10) 761

Die Herren Gärtli, Schloffer, und Franke, Buchbinder, sind hier-  
mit freundschaftlich an ihre Pflichten gegen mich erinnert.  
Reusbach u. G. Anton Gräßler, Landstreifenwasse. [75]

Heute früh 8 Uhr starb nach 16wöchentlichem schwerem Leiden unser  
Freund, Gewerks- und Partijgenosse H. Reimann. — Die Beer-  
digung findet Freitag, den 11. Juni, Abends 6 Uhr, vom Tranerhause, Alt  
Jakobstraße 6 aus auf dem neuen Jakobshofe bei Weiz statt.  
J. K. des Allgemeinen deutschen Schneidervereins:  
Aug. Wendt. [1,50]

Berlin, 8. Juni 1875.

#### Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig.

#### Dritte Bilanz

vom 1. Juli 1874 bis 31. März 1875.  
(Auf  $\frac{3}{4}$  Jahre abgeschlossen.)

I. ACTIVA.		Mark	Pf.
A. Inventar-Conto laut Inventur-Buch S. 2—29			
Maschinen	Thlr. 4925 — —		
abzüglich Abschreibung pr. 1874	„ 738 22 5		
(Neubeschafft nichts!) bleiben	Thlr. 4186 7 5	12558	75
Typen-Material	Thlr. 2951 13 8		
abzüglich Abschrei- bung pr. 1874	„ 442 22 5		
bleiben	Thlr. 2508 21 3 = M. 7526 13		
hierzu 1874/75 neubeschafft für	„ 2944 61	10470	74
Diverse Utensilien in Druckerei und Comptoir	Thlr. 622 18 7		
abzüglich Abschrei- bung pr. 1874	„ 31 3 —		
bleiben	Thlr. 591 15 7 = M. 1774 57		
hierzu 1874/75 neubeschafft für	„ 213 54	1988	11
B. Papier, Farbe, Kohlen, Oel etc. Ende März c.		752	—
C. Diverse Aussenstände lt. Hauptbuch-Auszug		18899	37
Desgl. zinsbar deponirt		3600	—
D. Kassenbestand am 31. März 1875 lt. Cassa-B.		477	6
		48746	03

#### II. PASSIVA.

	Mark	Pf.	
Aa. Offene Buchschulden lt. Auszug pr. Ende März c.	9770	81	
Ab. Antheile der Genossen (Vermögen) lt. Ausz.	16742	67	
Ac. Darlehne (zinsbar mit 5%) lt. Auszug	8910	—	
Ad. do. (Cautio des Cassirers)	600	—	
Ae. Zinsen-Conto (unerhobene Zinsen bis 31. März c.)	640	87	
Af. Reservefond-Conto (Vermögen) incl. Zinsen pr. $\frac{3}{4}$ Jahr, lt. Statut	4315	95	
Ag. Abschreibung (per $\frac{3}{4}$ Jahr): auf Maschinen und Typen: 15% auf M. 23029 49	M. 2590 76		
auf diverse Utensilien:			
5% auf M. 1988 11	„ 74 55	2665	31
Saldo zum Ausgleich		5100	42
		48746	03

Es verbleibt demnach ein Activ-Überschuss von  
5100 Mark 42 Pf., wovon die Dividenden pro 1874/75  
( $\frac{3}{4}$  Jahre) zu zahlen sind und nach Beschluss der Ge-  
neralversammlung weiter zu verfahren ist.

Leipzig, den 1. April 1875.

DER VORSTAND:

H. Ramm, Vorsitzender. O. Richter, Stellvertreter.

Chr. Hadlich, Kassirer.

Auf Grund der Geschäftsbücher revidirt und richtig befunden.

Leipzig, den 20. Mai 1875.

Der Beauftragte des Aufsichtsraths:

J. MOTTELER.

Die Seitens der General-Versammlung festgesetzte Di-  
vidende von 6 Procent auf die drei Vierteljahre vom 1. Juli  
1874 bis 31. März 1875 kann auf unserm Geschäfts-Com-  
ptoir, Zeitzerstraße 44, erhoben werden.

Nichterhobene Dividenden werden den betr. Anthell-  
Inhabern gutgeschrieben.

Leipzig, den 8. Juni 1875.

[2050] Der Vorstand der Genossenschafts-Buchdruckerei.

Verantwortlicher Redacteur: H. WINDT.

Redaktion Sobothstraße 4, Expedition Zeitungsverlag 44, in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.